

Hilfen aus Berlin gefordert

In einer von ihnen beantragten Aktuellen Stunde haben die Freien Wähler den Bund erneut aufgefordert, rasch gesundheitspolitische Reformen umzusetzen, damit die ambulante und stationäre medizinische Versorgung im ganzen Land aufrechterhalten bleibt und der Personalmangel in der Pflege bekämpft werden kann. „Der Bund verzögert sinnvolle Reformen“, erklärte die FW-Abgeordnete Susann Enders. Es brauche schnelle Hilfen für die von Insolvenz bedrohten Kliniken – in Bayern stehen laut Enders 50 Krankenhäuser „auf der Kippe“ – und eine praxis- und patientenbezogene Personalpolitik.

Kritik äußerte Enders nicht nur an der aktuellen Bundesregierung, sondern auch an den vorherigen. Die Zustände im Gesundheits- und Pflegesystem seien das „Resultat einer jahrzehntelang fehlgeleiteten Bundesgesundheitspolitik“, sagte sie. Diese habe ausschließlich auf Rentabilität gesetzt. Damit müsse nun ein Ende sein. Eine gute Gesundheitsversorgung dürfe

nicht zum „Phänomen der Ballungsräume“ werden. Auch Andreas Winhart (AfD) beklagte, dass der Bund notwendige Reformen zum Schaden bayerischer Kliniken verschleppe. Dadurch setze sich die „Durststrecke“ für Kommunen, Patienten und Beschäftigte fort. Ohne zusätzliche Hilfen seien die Träger der Einrichtungen überfordert.

SPD: Krankenhausplanung ist Ländersache

Dagegen betonte Kerstin Celina (Grüne), die derzeitige Lage sei auf Versäumnisse früherer Bundesregierungen zurückzuführen. „Dass das Fass jetzt überläuft, liegt nicht an den aktuell geplanten Reformen, sondern am jahrelangen Stillstand und dem beleidigten Herummeckern der CSU“, sagte sie. Mit jedem Monat, den die Staatsregierung die Reformen im Bundesrat blockiere, rutschten die Kliniken weiter ins Minus. Ruth Waldmann

(SPD) sah ohnehin die Staatsregierung in der Pflicht. Krankenhausplanung sei Ländersache, doch daran fehle es in Bayern. „Ein paar Modellprojekte hier, ein paar Einzelförderungen dort – das ist kein zukunftsweisendes Gesamtkonzept“, urteilte Waldmann.

Nach Einschätzung von Bernhard Seidenath (CSU) tue der Freistaat „sein Möglichstes“, um in Bayern Spitzenmedizin genauso vorzuhalten wie eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Fläche. Zur Bewältigung des Fachkräftemangels und der steigenden Kosten brauche es aber mehr Unterstützung durch den Bund. Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) forderte den Bund zu weiteren Korrekturen bei der Krankenhausreform auf, um das Überleben auch kleinerer Kliniken zu sichern. Bayern komme seiner Verpflichtung bei der Förderung von Investitionen in den Krankenhäusern umfassend nach. Im Freistaat gebe es an den Kliniken keinen Investitionsstau.

> JÜRGEN UMLAUFT